



Foto: Schälte

Ausgebrannt

Landtag berät über Hilfe für überlastete Frauen

2. Februar 2011 – Überfordert, ausgelaugt, völlig erschöpft: Burn-Out hat sich zur Volkskrankheit des 21. Jahrhunderts entwickelt. Fachleute sprechen gar von einer Epidemie, die sich immer weiter ausbreite. Zu viel Arbeit, zu wenig Freizeit, das sind meist die Ursachen. Verstärkt Frauen seien davon betroffen, betont die CDU-Fraktion. In einem Antrag (Drs. 15/1193) fordert sie den Landtag deshalb dazu auf, Frauen beim stressigen Spagat zwischen Familie und Beruf mehr zu unterstützen.

„Wir wollen eine echte Wahlfreiheit, die jeder Frau und Mutter die Entscheidung für ihr eigenes Lebensmodell ermöglicht“, sagte **Andrea Milz** (CDU). Zwar arbeiteten Männer neben ihrem Beruf zunehmend auch in der Familie mit. Oft bleibe die Mehrfachbelastung aber immer noch an den Frauen hängen. Das mache diese psychisch besonders anfällig, auch für ein Burn-Out. Milz forderte die rot-grüne Landesregierung deshalb dazu auf, Frauen stärker unter die Arme zu greifen: etwa mit mehr Kitaplätzen, einer leichteren Rückkehr in den Beruf und vernetzten Hilfsangeboten für den Burn-Out-Fall.

Unter der Krankheit litten längst nicht nur Frauen, betonte **Eva-Maria Voigt-Küppers** (SPD). Ebenso seien Männer, Kinder und Jugendliche von der „Volksepidemie“ betroffen. Ein besonderes Augenmerk auf Frauen zu legen, räumte die Politikerin trotzdem als sinnvoll ein. Die Arbeitswelt sei inzwischen völlig entgrenzt,

Freizeit und Selbstbestimmung kaum noch möglich. Dies belaste Frauen vor allem wegen der hohen Ansprüche an sich selbst, nämlich „all die Aufgaben, die sie übernommen haben, besonders gut zu machen“, so **Voigt-Küppers**. Es sei deshalb wichtig, an Defiziten in der Berufswelt zu arbeiten.

Der CDU-Antrag weise in die richtige Richtung, lobte **Josefine Paul** (Grüne). Häufig schlecht bezahlte und emotional belastende Jobs sowie der vielfach immer noch von ihnen zu stemmende Spagat zwischen Familie und Beruf machten Frauen besonders anfällig für psychische Erkrankungen. Die Grünen forderte neue entlastende Arbeitsformen. Dazu gehörten Teilzeitjobs auf allen Ebenen sowie flexiblere Arbeitszeiten – auch für den Fall, dass ein Kind erkrankte. Gleichzeitig kritisierte Paul die CDU dafür, dass sie in ihrem Antrag das veraltete Bild der Frau als Fürsorgerin weiter manifestiere.

„Die Forderungen des Antrags gehen meistens über das, was Politik leisten kann und sollte, doch ein wenig hinaus“, kritisierte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Aufgabe von Politik sei es, den Rahmen dafür zu schaffen, dass Menschen sich individuell entfalten könnten. Dazu gehöre es etwa, Unternehmen für flexiblere Arbeitszeiten zu begeistern. Jedoch sei es nicht Sache der Regierung, Anti-Stress-Trainings für Eltern oder Burn-Out-Präventionskurse zu entwickeln, betonte die Abgeordnete. Sie könne zwar über entsprechende Angebote informieren, den Erkrankten aber letztlich nicht die Entscheidung zur Teilnahme abnehmen.

Das wachsende Burn-Out-Problem sei sicher ernst zu nehmen, sagte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke). Allerdings greife der „Schaufensterantrag“ zu kurz: Die Gründe für die Mehrfachbelastung von Frauen seien vielfältig. Insgesamt handele es sich um ein strukturelles Problem, das unter anderem aus fehlenden Betreuungsangeboten und einer familienfeindlichen Arbeitswelt resultiere. Da reichten die geforderten „eigentlich bloß symbolischen Maßnahmen“ nicht aus. Zudem kritisierte Butterwegge die CDU-Fraktion dafür, nun Gelder zu fordern, die sie während der eigenen Regierungszeit gestrichen habe.

Unter Burn-Out litten überdurchschnittlich oft mehrfachbelastete Frauen, stellte auch **Frauenministerin Barbara Steffens** (Grüne) fest. „Wir müssen wirklich die Strukturen verändern“, forderte sie deshalb. Entspannungskurse reichten nicht aus, um das strukturelle Grundproblem zu lösen, nämlich den Spagat zwischen Familie und Beruf. Steffens sprach sich für Arbeitsbedingungen aus, mit denen Frauen ihre Kinder, pflegebedürftige Eltern und den Job unter einen Hut bringen könnten. Die Regierung werde sich für unterschiedliche Zeitmodelle einsetzen, um Familienarbeit für beide Geschlechter attraktiver zu machen. *bra*

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation (federführend) sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen. Darüber hinaus hat der Landtag über eine mögliche Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ diskutiert. Über den Antrag von SPD und Grünen (Drs.15/1195) sollen ebenfalls die Ausschüsse für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation (federführend), für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration sowie für Wirtschaft, Mittelstand und Energie beraten.